

Aufruf anlässlich der Mitgliederversammlung der Allianz gegen Rechtsextremismus am 24. November 2017 in der Stadthalle in Fürth

Rechtsradikale greifen Unterkünfte für Geflüchtete an. Mit dabei, sogenannte „Extremist*innen der Mitte“, die sich äußerst schnell radikalieren. Vor allem von Vorurteilen betroffen und auch von Gewalt, sind, Homosexuelle, Muslime, Sinti, Roma und Juden sowie Flüchtlingshelferinnen und Flüchtlingshelfer. Mit dem Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag werden einer Partei noch mehr Gehör und finanzielle Mittel verschafft, die einen explizit reaktionären und unsozialen Kurs vertritt. Zwar haben 60 Prozent der der AfD-Wählerinnen und Wähler der AfD ihre Stimme gegeben, obwohl sie mit ihren rechtsextremen Einstellungen nicht d'accord gehen. Aber diese 60 Prozent haben der AfD **trotz** dieser rechtsextremen Einstellungen ihre Stimme gegeben. Diverse Studien zeigen, dass sich darin die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Demokratieverachtung in der Mitte der Gesellschaft äußert.

Obwohl die Bedrohung von extrem rechter Seite und der „Neuen Rechten“ offensichtlich ist, stehen Programme gegen Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus unter ständigem finanziellem Druck. Darum fordert die Allianz gegen Rechtsextremismus, dass Programme für eine tolerante und friedliche Gesellschaft und gegen Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus ausgebaut und verstetigt werden. Zudem darf Engagement von couragierten Bürgerinnen und Bürgern gegen Neonazismus und andere menschenfeindliche Einstellungen nicht diffamiert und kriminalisiert werden. Die Förderung politischer und menschenfreundlicher Urteilsbildung sowie die Einübung von Zivilcourage sind notwendiger denn je. Diese Herausforderung ist eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe, der nur mit ausreichender finanzieller Deckung aktiv und professionell begegnet werden kann.

Rechtspopulistische Organisationen und Parteien forcieren Verschwörungstheorien und Gerüchte. Damit verstärken sie die Spaltung der Gesellschaft und fördern die Gewalt gegen Minderheiten und Andersdenkende. Die Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg aber steht für eine friedliche, solidarische und tolerante Gesellschaft, die sich auch weiterhin einsetzt gegen Diskriminierung und Rassismus. Im Blick auf die anstehenden Wahlen, egal ob Landtagswahlen, Kirchenbeiratswahlen oder Betriebsratswahlen sagen wir: Wer Demokratie wählt, wählt keine Rassisten!



Stephan Doll
Vorsitzender der Allianz

Die stellvertretenden Vorsitzenden



Nanne Wienands
Bündnis für Zivilcourage



Dr. Elisabeth Preuß
2. Bürgermeisterin
der Stadt Erlangen



Suzi Streckel
Con. GmbH Gunzenhausen



Stefan Ark Nitsche
Regionalbischof
im Kirchenkreis Nürnberg